

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) **Friedrich Zimmermann in Peking**

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Friedrich Zimmermann, kam am 20. März 1978 zu einem mehrtägigen Besuch in die VR China, und zwar auf Einladung des Chinesischen Volksinstituts für Außenpolitische Angelegenheiten (NCNA, 21.3.78). U.a wurde er vom Stellvertretenden Generalstabschef der chinesischen VBA, Wu Hsiu-chüan, empfangen (NCNA, 24.3.78). Höhepunkt des Besuchs war ein Gespräch mit Teng Hsiao-p'ing am 23.3. Teng hatte trotz seines vollen Terminplans - es tagte gerade die Nationale Wissenschaftskonferenz - noch Zeit für das Gespräch gefunden. Er betonte, daß China "auf ein mächtiges Europa hofft. Weitsichtige europäische Staatsmänner hoffen auch, daß China mächtig wird" (NCNA, 23.3.78).

Teng betonte seinem Gast gegenüber auch, daß Peking in seinem Dialog mit Moskau die Aufforderung an die Sowjetunion wiederholt habe, ihre Truppen aus der Mongolischen Volksrepublik abzuziehen und die Zahl der im sowjetisch-chinesischen Grenzverlauf stationierten Soldaten von einer Million auf zehn Divisionen zu reduzieren. Man habe eine entsprechende Vereinbarung bereits im Jahre 1969 getroffen, als Ministerpräsident Chou En-lai mit Kossigny am Pekingener Flughafen verhandelte. Da die Sowjetunion nicht daran denke, sich an dieses Abkommen zu halten, habe man in Peking keinen Grund gesehen, auf das Angebot der Sowjetunion zur Bereinigung der schwebenden Konflikte einzugehen. Man wolle nicht leere Worte, sondern eine Einlösung der Vereinbarungen von 1969.

Teng führte weiterhin aus, die chinesische Politik halte es für erforderlich, die globale sowjetische Strategie zu durchkreuzen. Dies müsse an jedem Punkt geschehen, an dem die Sowjetunion aktiv werde, also in Angola und Äthiopien ebenso wie in Ägypten. Kuba stehe bereits unter der Kontrolle der Sowjetunion. Es sei angesichts dieser Bedrohung wichtig, jede Beschwichtigung zu vermeiden. Man dürfe der Sowjetunion weder strategisch noch wirtschaftlich entgegenkommen (Bericht: Die Welt, 25.3.78).

Moskau reagierte, wie erwartet, mit Schärfe. Der Generalnenner, auf dem sich die CSU- und die Peking-Linie trafen, seien Antisowjetismus, Militarismus und Revanchismus. Dies werde mit entwaffnender Offenheit insbesondere in dem Dokument mit dem Titel "Überlegungen zur Politik einer CDU/CSU-Regierung gegenüber der Sowjetunion" deutlich. Hier seien Überlegungen einer Politik des "Drangs nach Osten" ausgesprochen. (Radio Moskau, 20.3.78)

(2) **Chinesisches Generalkonsulat in Hamburg?**

Wie aus "diplomatischen Kreisen in Bonn verlautet" (so Die Welt, 22.3.78) will die VR China in Hamburg demnächst ein Generalkonsulat errichten. Dadurch würden die Chinesen mit den Sowjets gleichziehen, die seit November 1972 eine solche Vertretung in Hamburg unterhalten. Die Bundesrepublik konnte damals im Gegenzug ein Generalkonsulat in Leningrad errichten.

(3) **Zusammenarbeit mit Bonn**

Die Bundesrepublik und die Volksrepublik wollen in der Kohleforschung und der Weiterentwicklung der Abbautechnik von Steinkohle künftig eng zusammenarbeiten. Dies haben Bundesforschungsminister Hauf und der stellvertretende chinesische Kohleminister Chia Hui-sheng in Bonn beschlossen. Der chinesische Kohleminister hält sich mit einer Delegation von 16 chinesischen Energieexperten zu einem Besuch in der Bundesrepublik auf. (SZ, 23.3.78)

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(4) **Peking weist Moskauer Angebot zurück, sich auf gemeinsame Prinzipien in den bilateralen Beziehungen zu einigen**

Am 24. Februar, also am Vorabend des V. Nationalen Volkskongresses, übersandte das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, also der kollektive Staatspräsident der Sowjetunion, dem Ständigen Ausschuß des NVK, der dieselbe Position innehat, eine Note, in der er vorschlug, im Interesse einer grundsätzlichen Bereinigung der Differenzen zwischen beiden Ländern eine gemeinsame Erklärung über die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China zu erarbeiten.

TASS (engl., 20.3.78) weist darauf hin, daß diese Note im Zusammenhang mit mehreren anderen "konstruktiven Vorschlägen" der Sowjetunion an die Adresse Pekingens zu sehen sei. Moskau habe u.a. den Vorschlag über den Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrags (1971), eines Nichtangriffsvertrags (1973), über die Abhaltung eines Gipfeltreffens von Vertretern beider Länder, über die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit, über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens u.ä. gemacht.

China ließ, im Gegensatz zu seinem bisherigen

Brauch, diese Offerte nicht unbeantwortet, sondern erwiderte bereits am 9. März. Ausgearbeitet wurde diese Antwort durch Yü Chan, den Vizeminister des chinesischen Außenministeriums, der hierzu vom Ständigen Ausschuß des NVK ermächtigt worden war.

In dem Schreiben wird im wesentlichen die Stellungnahme wiederholt, die Hua Kuo-feng am 26. Februar vor dem Volkskongreß abgegeben hatte.

Des weiteren hieß es in der Note, die Sowjetunion solle, wenn es ihr mit einer Verbesserung ihrer Beziehungen zu China ernst sei, konkrete Maßnahmen treffen, die wirklich praktische Probleme lösten. Vor allem solle sie die im September 1969 zwischen Chou En-lai und Kossygin auf dem Pekinger Flughafen getroffenen Abmachungen einhalten. Moskau solle also

- ein Abkommen über die Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze unterzeichnen, das bewaffnete Zusammenstöße abwenden helfe;

- es solle ferner Anstalten dazu treffen, daß beide Seiten, China und die Sowjetunion, ihre Truppen von der Grenze abrücken;

- und schließlich solle es seine Streitkräfte von der Mongolischen Volksrepublik und der chinesisch-sowjetischen Grenze abziehen, damit jene Lage wiederhergestellt wird, wie sie Anfang der sechziger Jahre bestanden hat.

Die Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze, die Abwendung bewaffneter Zusammenstöße und das Auseinanderrücken der Streitkräfte seien Mindestaktionen. Letztlich verlangt China damit, daß die gegenwärtig rd. 50 sowjetischen Divisionen auf 15 reduziert werden.

TASS (engl., 20.3.78) bezeichnete diese Vorstellungen Pekings als "unannehmbare Vorbedingungen".

Trotz dieser Nichtübereinstimmung habe die Moskauer Initiative aber dann doch gewisse Fortschritte gebracht. Immerhin hat sich Peking bereit erklärt, über die üblichen diplomatischen Kanäle das Gespräch fortzusetzen. Auch die sonst in solchem Zusammenhang üblichen Propagandaattacken sind von seiten Pekings unterblieben. Im sino-sowjetischen Verhältnis sind Fortschritte in Millimetern zu messen!

(5) Keine "kulturelle Feindschaft" zur UdSSR

Zum 110. Geburtstag Maxim Gorkis erschienen in Chinas überregionalen Zeitungen ausführliche Gedenkartikel (JMJP, 28.3.78). Mit dieser Ehrung für den "großen Schriftsteller des Proletariats" wollen die kulturpolitisch Verantwortlichen darauf hinweisen, daß die meisten der in den Jahren der Freundschaft in China zugänglich gewordenen Bücher und Kulturdenkmäler aus Rußland und der Sowjetunion heute vom chinesischen Leser wieder zur Kenntnis genommen werden dürfen, daß also die unvermindert weiter anhaltende Eiszeit zwischen Peking und Moskau im politischen Bereich nicht wie in den vorhergehenden Jahren auch den kulturellen Bereich nachhaltig beeinträchtigen soll. Der Artikel der Volkszeitung betont dies besonders, wenn er festhält, daß Ausschnitte aus dem Werk Gorkis nicht nur in China weithin gelesen würden, sondern auch in Mittelschul-Textbücher aufgenommen worden seien.

AFRIKA UND NAHOST

(6) Neuer PLO-Missionschef in Peking; Stellungnahme Chinas zur israelischen Aktion im Libanon und zur Entsendung von UNO-Truppen

Am 13. März 1978 übergab der neue Leiter der Mission der Palästinensischen Befreiungsorganisation, T. Abdul Rahim Mahmoud, in Peking sein Beglaubigungsschreiben (NCNA, 13.3.78). Bei dieser Gelegenheit, vor allem aber auch beim Empfang des neuen Missionschefs durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Keng Piao, gab China eine grundsätzliche Stellungnahme zur PLO/Israel-Frage ab. Keng Piao betonte, daß die "neue Invasion der israelischen zionistischen Aggressoren" den ungebrochenen Willen Israels zeige, an seiner Aggressions- und Expansionspolitik festzuhalten, und daß diese Invasion überdies das Ergebnis der Ermunterung und Unterstützung durch die Supermächte gewesen sei.

Am 14. März hatten 25.000 Soldaten der israelischen Boden-, Marine- und Luftstreitkräfte die Grenzen zum Libanon überschritten und dort einen Vergeltungsschlag gegen die palästinensischen Stützpunkte durchgeführt.

Am 19.3. nahm der UNO-Sicherheitsrat eine Resolution an, die Israel aufforderte, seine militärischen Operationen gegen den Libanon sofort einzustellen und seine Truppen aus dem gesamten libanesischen Territorium abzuziehen. Diese Resolution wurde mit fünf Ja-Stimmen und zwei Stimmenthaltungen angenommen. China blieb der Abstimmung fern. Der chinesische Delegierte Lai Ya-li erklärte dieses Verhalten damit, daß die Resolution erstens die bewaffnete israelische Invasion nicht ausdrücklich verurteile und gleichzeitig den gerechten Kampf der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes nicht unterstütze und daß zweitens der Einsatz der UNO-Truppe es den Supermächten ermögliche, sich in die Angelegenheiten des Einsatzgebietes einzumischen (Radio Peking, deutsch, 21.3.78).

ASIEN

(7) Annäherung zwischen China und Indien?

China entfaltet zur Zeit eine systematisch angelegte diplomatische Offensive in die Länder vor seiner Haustür. Teng Ying-chao eröffnete den Reigen, indem sie nach Birma und Sri Lanka reiste. Teng Hsiao-p'ing schloß sich mit einer Visite Birmas und Nepals an. Li Hsien-nien reiste auf die Philippinen und nach Bangladesh. Sollte Indien als größter Staat an der Südflanke Chinas hier unbeachtet bleiben?

Schon seit Antritt der Regierung Desai vor Jahresfrist begannen die seit 1962 (Grenzkrieg im Himalaya) vereisten Beziehungen zwischen beiden Ländern langsam wieder aufzutauen. Peking erhoffte sich vor allem ein Abrücken Indiens von der Sowjetunion. China lud mehrere Handelsdelegationen ein, u.a. zur Teilnahme an der Kanton-Messe im April 1977. Die Abschlüsse freilich fielen nur in Höhe weniger Millionen Dollar aus. Trotzdem schienen sich die Entwicklungen gut anzubahnen. Doch dann traf sich Ministerpräsident Desai im Juli 1977 mit dem

Dalai Lama. Dies schockierte Peking so nachdrücklich, daß es Indien vor einem weiteren "Eingriff in die inneren Angelegenheiten des Landes" warnte. Die indische Regierung ließ jedoch wissen, daß sie Tibet durchaus als integralen Bestandteil der VR China betrachte.

Diese Erklärung öffnete dann wieder den Weg zu besseren Beziehungen. U.a. kam eine große chinesische Geschäftsdelegation im Februar 1978 nach Indien. Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildet nun der Indien-Besuch des Präsidenten der Chinesischen Volksvereinigung für Freundschaft mit dem Ausland, Wang P'in-nan, der mehrere Reden hielt, in denen er u.a. betonte, daß die Spannungen zwischen Indien und China seit 1960 "nichts seien im Vergleich zu der seit zwei Jahrtausenden bestehenden Freundschaft zwischen den beiden ältesten Völkern der Welt". In seiner Rede vor dem "Dr. Kotnis Memorial Committee" betonte Wang, "selbst Brüder streiten gelegentlich. Aber schließlich und endlich sind sie Brüder und der Streit ist vorübergehend."

Ein Vertreter der AFP will erfahren haben, daß Peking sich bereiterklärt habe, die Verhandlungen über die Grenzstreitigkeiten auf der Basis der vor 15 Jahren in Colombo von sechs afro-asiatischen Staatsoberhäuptern vorgelegten Vorschläge wiederaufzunehmen. Diese Vorschläge sahen einen Truppenrückzug um zwanzig Kilometer von den Grenzen des Jahres 1959 im westlichen Abschnitt der insgesamt 3.500 km langen gemeinsamen Grenze und die Anerkennung der von den Briten im Ostabschnitt festgelegten Mac Mahon-Linie vor (abgedruckt in BPA Ostinfo, China-Indien, 15. März 1978, S. 19).

Moskau reagierte auf diese chinesische Avance mit Mißtrauen. Auch die prokommunistische, weitgehend von Moskau gesteuerte Presse des Landes reagierte nervös. U.a. druckte sie chinafeindliche Aussagen einiger Exiltibeter ab, die vor der chinesischen Botschaft anlässlich des Besuches der Delegation demonstriert hatten.

Obwohl die Ausführungen Wang P'in-nans nicht abgestritten werden können, gab ein offizieller Sprecher des indischen Außenministeriums am 14.3.78 bekannt, daß die chinesische Delegation mit der indischen Seite keinerlei Gespräche oder Diskussionen über das Verfahren einer Regelung der Grenzfrage zwischen Indien und China geführt und auch keinerlei Botschaft in diesem Zusammenhang überreicht habe. Eine Beschwichtigungsgeste gegenüber Moskau?

(8) Handelskontakte mit Indien

Eine chinesische Handelsdelegation hat in Indien Gebiete für eine künftige engere Kooperation sondiert. Das chinesische Interesse konzentrierte sich auf folgende Sektoren: Metallmaschinenbau, Eisenerz, Kautschuk, Schellack, Bergbauausrüstung, Erdbewegungsgeräte, schwere Lkw, Bohranlagen, Agrarmaschinen einschl. Traktoren, Werkzeugmaschinen, Baugeräte, Transportausrüstungen, Farben und chemische Zwischenerzeugnisse. Außerdem wurde eine technische Zusammenarbeit in den Bereichen Stahl- und Chemieproduktion diskutiert. Die wichtigsten indischen Staatshandelsgesellschaften wurden zu einem Gegenbesuch in die VR China eingeladen. Zu Kaufabschlüssen kam es indessen nicht. Auf indischer Seite ist man an Bezügen von NE-Metallen, Seidengarn, Zeitungspapier und Grundchemikalien interessiert. Der Warenaustausch zwischen Indien und China

war nach den Grenzausinandersetzungen von 1962 unterbrochen worden und erst im vergangenen Jahr wieder angelaufen. Indien kaufte Antimon, Zink und Quecksilber, die VR China Schellack und Eisenerz. Entsprechend einem kurz vor dem Eintreffen der Delegation abgeschlossenen Vertrag wird Indien in den kommenden Monaten außerdem 21.000 t Rohöl liefern. Insgesamt beläuft sich der Wert der ausgetauschten Waren auf rd. 32 Mio. indische Rupien. Neben den politischen Hindernissen ist auch noch eine Reihe wirtschaftlicher Hürden zu überwinden, ehe der indisch-chinesische Handel über das Niveau unregelmäßiger Bartergeschäfte hinaus angehoben werden kann. So ist nicht klar, wie der indische Privathandel neben den Staatsbetrieben eingeschaltet werden soll. Grundsätzlich haben die Chinesen zu verstehen gegeben, daß sie keine Bedenken gegen indische Privatlieferanten haben. (BfA, NfA, 25.3.78)

(9) Wird Japan nun doch die chinesische Antihegemonie-Klausel offiziell anerkennen?

Im März faßte der japanische Ministerpräsident Fukuda den Beschluß, die 1975 unterbrochenen japanisch-chinesischen Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrags über Frieden und Freundschaft wiederaufzunehmen. Fukuda gab die Grundsätze bekannt, die für seine Regierung in den Verhandlungen über den Vertrag ausschlaggebend sein sollten. Dabei handelt es sich um die folgenden fünf Punkte:

- Der Abschluß des Vertrags wurde bereits in der gemeinsamen chinesisch-japanischen Erklärung von 1972 gefordert.
- Die Regierung ist zu dem Ergebnis gekommen, es sei das beste, die Verhandlungen nach einer Analyse des Standes der japanisch-chinesischen Beziehungen wiederaufzunehmen.
- Der Abschluß des Vertrags ist für Japan wichtig, weil er Tokios diplomatische Position in China stärkt.
- Der Vertrag würde zur Sicherung des Friedens und der Stabilität in Asien beitragen.
- Die Regierung wird nicht von ihrer Position abgehen, daß Japan sich um die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit allen Nationen bemühen muß.

Radio Moskau (russ., 25.3.78) kommentierte diesen Beschluß Fukudas dahin, "daß bestimmte Kreise in Japan dem rücksichtslosen Druck Pekings nachzugeben beginnen. China ist bestrebt, in den Vertrag einen gegen die Sowjetunion gerichteten Artikel aufzunehmen, wodurch versucht wird, Japan in seine antisowjetische Strategie hineinzuziehen."

Diesmal hatte die mit der Regierungspartei teils konfligierende, teils kooperierende Oppositionspartei Komeito eine Zwischenträgerrolle gespielt. Parteisekretär Junya Yano war Anfang März von Teng Hsiao-p'ing empfangen worden und erhielt dabei von diesem eine Vier-Punkte-Erklärung ausgehändigt, die den chinesischen Standpunkt in der Antihegemoniefrage nochmals erläuterte.

Im ersten Punkt wird gefordert, daß beide Parteien möglichst rasch auf den Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages auf der Basis des Kommuniqués vom 29. September 1972 hinarbeiten müßten.

In Punkt 2 betont China, daß Schaffung und

Ausbau friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zwischen China und Japan sich nicht gegen einen Drittstaat richten.

In Punkt 3 stellen die Chinesen fest, daß weder China noch Japan nach Hegemonie streben wollten und daß beide Staaten verhindern wollten, daß irgendeine andere Macht im asiatisch-pazifischen Raum eine solche Hegemonie errichte. Dies ist eine Wiederholung jener beiden Klauseln, wie sie von Nixon und Tanaka in ihren jeweiligen Kommuniqués von 1972 bereits anerkannt worden waren.

Viertens aber stellt Peking fest, daß es mit keiner Logik zu vereinbaren sei, sich einerseits gegen den Hegemonismus auszusprechen und andererseits zu sagen, die Antihegemonie-Klausel richte sich gegen niemanden. Mit dieser Formulierung wird die bisherige japanische Politik ins Herz getroffen. Hatte sich Japan bisher doch stets von einer antisowjetischen Erklärung distanziert - mit der Folge, daß die Antihegemonie-Erklärung in ein chinesisch-japanisches Kommuniqué aufgenommen - zu einer Leerformel geworden wäre.

Allerdings enthält die neue chinesische Vier-Punkte-Erklärung auch ein Entgegenkommen gegenüber Tokyo. In Punkt 3 übernimmt sie nämlich eine wichtige, von den Japanern vorgeschlagene Einschränkung. Sie hält fest, daß Opposition gegen den Hegemonismus nicht bedeute, daß die beiden Regierungen an eine gemeinsame Aktion gegen einen hegemonistischen Drittstaat dächten. Im übrigen laufe eine solche Antihegemonie-Haltung keineswegs auf eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Signatarstaates hinaus (die Vier-Punkte-Erklärung ist wiedergegeben in NZZ, 18.3.78).

Mit seinem Vorgehen hat Peking abermals klar gestellt, daß es von Japan eine klare antisowjetische Haltung verlangt, ohne daß aus dieser Haltung allerdings gemeinsame Aktionen gegen den Hegemonismus folgen müssen. Ein unzweideutiger Gesinnungsausweis genügt den Chinesen also! Von dieser Mindestforderung wollen sie jedoch offensichtlich keinen Millimeter abrücken.

(10) Chinesische Experten in Kambodscha?

"Nach in Bangkok vorliegenden Informationen" (NZZ, 9.3.78) hat die Volksrepublik China Eisenbahnerxperten nach Kambodscha entsandt, die die einzige Eisenbahnlinie des Landes zwischen der Hauptstadt Phnom Penh und dem Hochseehafen Kompong Som instandsetzen sollen. Angeblich entladen im Seehafen Kompong Som wöchentlich durchschnittlich zwei Schiffe aus China Hilfsgüter für Kambodscha.

(11) Vizepremier Li Hsien-nien in Manila und Dacca

Vom 12. bis 16. März besuchte der stellvertretende chinesische Regierungschef Li Hsien-nien in Begleitung von Außenminister Huang Hua die Philippinen. Zwischen beiden Staaten war es seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1975 zu einer ständigen Fluktuation zwischen Spannung und freundschaftlichen Kontakten gekommen. Höhepunkt des gegenseitigen Einvernehmens war der Besuch des Präsidenten-Ehepaars nicht lange vor dem Tod Maos.

Doch dann kam es zu Spannungen, und zwar einerseits im Zusammenhang mit der von Manila

behaupteten Unterstützung der muslimischen Aufständischen durch die VR China sowie im Zusammenhang mit dem Spratley-Inselkomplex im Südchinesischen Meer. Die Spratleys sind ein Archipel von 57 meist unbewohnten Inseln, die auf halbem Weg zwischen Festland-Asien und den Philippinen liegen. Die Inselgruppe ist zwischen China, den Philippinen, Vietnam und Taiwan umstritten.

Der philippinische Präsident Marcos hatte bereits anlässlich des Besuches des vietnamesischen Außenministers Nguyen Duy Trinh im Januar 1978 ein Übereinkommen dahin erzielt, daß beide Länder wegen der Inselfrage keine militärischen Konflikte riskieren, sondern jede auftauchende Einzelfrage durch diplomatische Verhandlungen lösen wollten.

Präsident Marcos scheint auch gegenüber dem chinesischen Staatsgast Li Hsien-nien auf entsprechende Vereinbarungen gedrängt zu haben. Anlässlich einer Pressekonferenz gab er bekannt, daß er sich mit Li Hsien-nien erneut auf eine Abmachung habe einigen können, die er bereits mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-p'ing im Jahre 1975 (anlässlich einer Visite von Präsident Marcos in China) getroffen habe - eine Abmachung, die dahin gehe, daß sämtliche Streitigkeiten um die Spratley-Inseln auf diplomatischem Wege gelöst werden sollten.

Die Philippinen haben sieben der Spratley-Inseln seit 1971 besetzt. Auch Vietnam ist im Besitz einiger Inseln. Eine soll durch Taiwan-Truppen gehalten werden.

China hat allen Anlaß, sich um die Sympathie der ASEAN-Staaten zu bemühen, da in Indochina die Zeichen für China nicht gerade gut stehen. Vietnam ist in Gefahr, immer stärker mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten. Dasselbe ist bei Laos der Fall, das schon heute in einem modernen "Tributverhältnis" den Vietnamesen gegenüber steht. Gegen Hanoi gilt es Balancegewichte aufzubauen. Am wichtigsten in dieser Hinsicht ist Thailand. Doch scheint man auch den Philippinen einen nicht geringen Stellenwert zuzumessen. Nicht zuletzt dieser Hintergrund macht es verständlich, daß China in der Inselfrage verhältnismäßig gesprächsbereit ist.

Bei seiner Abschiedsrede bezeichnete Li Hsien-nien den fünftägigen Besuch als Erfolg. Er habe mit Präsident Marcos einen "vollen Meinungs austausch über Wege zur weiteren Entwicklung der chinesisch-philippinischen Freundschaftsbeziehungen und über Fragen von gemeinsamem Interesse geführt." (NCNA, 15.3.78)

Überdies wurde am 14.3. auf der Yacht des philippinischen Präsidenten ein Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern unterzeichnet (NCNA, 14.3.78).

Auch die Handelsbeziehungen haben sich in der Zwischenzeit gut eingespielt. Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen ist dieses Volumen um das 2 1/2fache auf rd. 185 Mio.\$ im Jahre 1977 angestiegen. Die Philippinen schnitten dabei positiv ab. Hinsichtlich des Handels brauchte während des Besuches von Li Hsien-nien keine Neuabmachung getroffen zu werden, da ein längerfristiges Handelsabkommen bereits im Februar 1978 unterzeichnet worden war. Im Rahmen dieses Abkommens sollen die an Devisen knappen Philippinos aus China Rohöl, Nahrungsmittel, Grundchemikalien und Zink beziehen, die sie mit eigenen Rohstofflieferungen wie Zucker, Kupferkonzentrat, Palmöl, Edelholz und Bauhölzern

begleichen werden.

Der Bezug von Rohöl kostet die Philippinen fast eine Milliarde Dollar Devisen pro Jahr. Sollte sich die Vermutung bestätigen, daß die Spratley-Inseln ölfündig sind, so würde der philippinische Außenhandel eine Sorge los. Schon aus diesem Grund glaubt Marcos, nicht auf die Inseln verzichten zu können. Von März 1978 ließ Marcos, der bereits auf die Wahl vom April 1978 hin reflektierte, die siebte Insel (Panata) von seinen Truppen in einem unblutigen Handstreich besetzen. Marcos glaubt, mit dem auf dieser Insel vorhandenen Öl nicht weniger als 10% des philippinischen Bedarfs decken zu können. Falls die Chinesen auf die Zusammenarbeit mit den Philippinen nicht verzichten wollen, werden sie sich den philippinischen Inselvorstellungen fügen müssen.

Im Anschluß an die Philippinenvisite reiste Li Hsien-nien noch zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch nach Bangladesh (NCNA, 18.3.78).

Am 21.3. kam es im Präsidentenpalais von Dacca zur Unterzeichnung eines Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie eines Abkommens über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit (NCNA, 21.3.78).

(12) Neuer thailändischer Ministerpräsident in Peking

Am 29. März kam der thailändische Ministerpräsident, General Kriangsak Chamanand, zu einem einwöchigen offiziellen Besuch in die VR China. Er wurde bereits - und dies beweist die Bedeutung, die seinem Besuch beigemessen wurde - am Flughafen von Hua Kuo-feng in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident und Teng Hsiao-p'ing, aber auch von Keng Piao, dem Außenminister der Partei, begrüßt.

Bei den Bankettansprachen wurde das gemeinsame Anliegen deutlich: China applaudiert der ASEAN und dem Vorschlag der Neutralisierung Südostasiens sowie dem Bestreben Thailands nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und dem thailändischen Kampf gegen den Hegemonismus (NCNA, 29.3.78).

Auch Kriangsak hob hervor, daß die Beziehung seines Landes zum ASEAN-Verband ein wichtiger Eckpfeiler der thailändischen Außenpolitik sei und auch in Zukunft bleiben werde. Er betonte, daß die ASEAN ausschließlich Formen der Zusammenarbeit anstrebe, dagegen gewiß keine militärische Organisation sei. Das Bündnis hege keine bösen Pläne gegen irgendjemanden (NCNA, 29.3.78).

Der Besuch des thailändischen Ministerpräsidenten steht in größerem Zusammenhang mit den in den letzten Monaten angelaufenen Bemühungen der VR China um Verbesserung ihres Verhältnisses zu den Ländern in Süd- und Südostasien. Teng Hsiao-p'ing hatte schon kurz vorher Birma besucht; fast gleichzeitig kam es zu einer Visite Li Hsien-niens auf den Philippinen.

Kein offizielles Wort verlautete allerdings über die Frage, ob die Doppelstrategie der VR China gegenüber Thailand zur Diskussion gestanden hat und ob man darüber Abmachungen treffen konnte.

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(13) Die Volkszeitung kritisiert China-Experten

In der Ausgabe vom 27.2.78 hat die Volkszeitung ausländische Politiker, Diplomaten und Journalisten kritisiert, die sich zwar als China-Experten bezeichnen, die Errungenschaften des Landes aber nicht sähen. Zwar brüsteten sich diese neuen China-Experten im Westen, das Rätsel China gelöst zu haben. Die Volkszeitung hat jedoch nicht den Eindruck, daß diese Spezialisten die umwälzenden Veränderungen in der Geschichte Chinas gesehen hätten, geschweige denn daß sie etwas aus diesen Veränderungen gelernt hätten. Die Attacke ist deutlich gegen "bürgerliche China-Wissenschaftler" gerichtet, deren Analysen über einen tiefgreifenden Machtkampf in der chinesischen Führung und die Perspektivlosigkeit der Linken Schanghai-Gruppe durch die Entwicklung seit 1976 bestätigt worden sind. So heißt es in dem Kommentar der Volkszeitung, Besuchern, die auf der Grundlage von in China gesehenen und gehörten Tatsachen ihre Eindrücke objektiv und unvoreingenommen wiedergäben, würden von den China-Experten vorgeworfen, an chinesische Angelegenheiten mit rosagefärbter Brille heranzugehen. Die Zeitung räumt ein, daß es auch in dem chinesischen Garten Rosen und Dornensträucher gäbe. Nach solcher etwas schwierig einzusehender Argumentation folgt der resignative Satz des Kommentators: "Warum versuchen die Experten, etwas Staub an dem klaren Himmel über dem sozialistischen China zu finden und Aufhebens davon zu machen?"

(14) Tiefgreifende Spaltung der Mao-Splitterparteien in aller Welt

Anerkennung oder Ablehnung der sogenannten "Drei-Welten-Theorie", diese Frage ist zum Scheideweg einer Unzahl von linken Splitterparteien geworden, die sich bis noch vor kurzem vor allem auf Mao und auf China berufen haben. Im Zorn über den "Rechtsruck" in der Volksrepublik ging die Splitterpartei KPD/ML in der Bundesrepublik so weit, das Mao-Bild neben den anderen Propheten Marx, Engels und Lenin aus dem Kopf ihres Publikationsorgans herauszunehmen. Dies darf als besonders ironisch gelten; wenn man die neue Politik der Volksrepublik unter dem Vorsitzenden Hua als abweichlerisch ansieht, hätte doch das Bild des Vorsitzenden gerade im Zeitungskopf beibehalten werden müssen. Diese Entwicklung unterstreicht eine polemische Broschüre der auf Peking-Kurs verbliebenen KPD (Wer Mao Tse-tung angreift, greift den Marxismus-Leninismus an! Verlag Rote Fahne, Köln 1978, 40 S.) gegen die Entmaoisierer. Sie enthält als schwarzes Material die "Stellungnahme des Zentralkomitees, ob Mao Tse-tung als Klassiker des Marxismus-Leninismus eingeschätzt werden kann", vom Februar 1978. Die wesentliche Passage darin lautet:

"Mao Tse-tung hat in grundlegenden, entscheidenden Fragen falsche Auffassungen gehabt und große Fehler gemacht, die auch weitreichende praktische Konsequenzen hatten.

Wir sind deshalb der Meinung, daß Mao Tse-tung nicht zu den Klassikern des Marxismus-Leninismus gerechnet werden kann. Wie gesagt, war es in diesem Papier nicht unsere Absicht, das Werk Mao Tse-tungs

allseitig einzuschätzen.

Wir sind der Meinung, daß nach der gründlichen Diskussion in der Partei die Konsequenz gezogen werden muß, den Kopf Mao Tse-tungs aus dem Titel des "Roten Morgen" zu entfernen. Manche meinen, daß Mao Tse-tung auch im Programm und Statut unserer Partei als Klassiker behandelt wird. Aber dort wird Mao Tse-tung nicht nur in einer Reihe mit Marx, Engels, Lenin und Stalin, sondern auch mit Enver Hoxha genannt. Unsere Partei betrachtet aber Enver Hoxha nicht als Klassiker. Deshalb kann man aus dieser Formulierung im Programm und Statut nicht darauf schließen, daß Mao Tse-tung hier als Klassiker angesehen wird. Trotzdem wird sicher der nächste Parteitag eine unmißverständliche Formulierung finden und Programm und Statut dementsprechend ändern."

Einen vollständigen Überblick über die maotistischen Parteien der Welt, die sich zur "Drei-Welten-Theorie" bekennen, und ihre neuen Gegner hat der Monitor-Dienst der Deutschen Welle in zwei Folgen im März zusammengestellt. In Peking, dessen darf man sicher sein, wird eine solche Entwicklung, die letztlich auf eine ideologische Schwächung Pekings hinausläuft, kaum gern gesehen werden.

INNENPOLITIK

(15) **Abebben der Kampagne gegen die Viererbande**

Nach Ablauf der dritten Phase der Kampagne gegen die sog. Viererbande werden die polemischen Artikel in den Medien immer seltener. Vor allen Dingen wurde im Berichtszeitraum noch gegen die ideologischen Zentren der linken Schanghai-Gruppe in der Peking- und Tsinghua-Universität polemisiert, die Artikel unter dem Pseudonym Liang Hsiao (zwei Schulen) veröffentlicht hatten (SWB, 24.3.78). Über das Schicksal der Mitarbeiter dieser Ideologieguppe gibt es wenig Aufschlüsse; es heißt nur allgemein: "Liang Hsiao wurde zusammen mit seinen Meistern vor die Schranken der Justiz der Geschichte gezerrt."

Inzwischen neigt sich auch die Säuberung in Schanghai, dem früheren Hauptstützpunkt der Linken Fraktion, ihrem Ende zu. Die chinesischen Medien bringen Berichte (SWB, 15.3. und 24.3.78, nach NCNA, 14.3. und Hsinhua, 12.3.78), in denen es heißt, über 10.000 Opfer der Viererbande seien vom Stadt-Parteikomitee Schanghai inzwischen rehabilitiert worden. D.h. falsche Verurteilungen sind rückgängig gemacht worden, ungerechte Bestrafungsmaßnahmen wurden ausgesetzt, und diesen Personen sind wieder entsprechende Arbeitsmöglichkeiten geschaffen worden. Besonders hat man sich für Kinder von Eltern eingesetzt, die politisch verfolgt und deshalb selbst jahrelang ohne Zukunft gewesen waren. Diese Wiedergutmachungsaktion knüpft vor allem an Kampagnen im Januar 1967 und April 1968 in Schanghai an, die sich gegen den früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten und Mitglied der Schanghai-Fraktion, Chang Chun-chiao, richteten. Über 3.000 Personen von Schulen und Hochschulen Schanghais sollen seinerzeit zur Verantwortung gezogen und teilweise zum Ziel von Kampfsitzungen gemacht worden sein. Der

neuralgische Punkt bei diesen Wiedergutmachungsaktionen ist natürlich die Bewertung der Kulturrevolution (vgl. SWB, 30.3.78). So heißt es in der Autonomen Region Innere Mongolei ganz deutlich über die jetzt laufenden Verfahren der Neueinschätzung von Kadern: "Der Hauptzweck der Neueinschätzung der Kader ist das Bemühen, ungelöste Probleme zu lösen, die aus der großen Kulturrevolution resultieren." In solchen Äußerungen wird deutlich, daß die Furcht besteht, "man könne angeklagt werden, einen rechtsabweichlerischen Wind zu entfachen und Urteile umzustößen sowie die große Kulturrevolution zu negieren." Es ist von Furcht in Kaderkreisen die Rede; man hat Angst, später für irgendetwas zur Rechenschaft gezogen zu werden. Auch sonst bemüht sich die Partei, den Enthusiasmus der Umwertung und Rehabilitierung in Grenzen zu halten. Man achtet vor allem darauf, daß die Umwertung nicht auf die Zeit vor der Kulturrevolution sich ausdehnt: "Unrichtige Verurteilungen, die vor der großen Kulturrevolution ausgesprochen worden sind, sollen erst mit zeitlicher Verzögerung gelöst werden. Diejenigen Kader, deren Fälle korrekt entschieden worden sind nach der damals gültigen Politik, dürfen nicht in einer Umwertung der Urteile rehabilitiert werden."

(16) **Politische Aktivitäten auf regionaler Ebene**

Am Beispiel der Provinz Heilungkiang (SWB, 24.3.78) läßt sich recht deutlich darstellen, was die vordringlichen Aufgaben auf regionaler Ebene nach Beendigung des V. Volkskongresses sind. In einer Rede vor Führungskadern auf einer Versammlung des Provinzpartei- und Revolutionskomitees am 15.3. wurden diese Aufgaben mit aller Deutlichkeit angesprochen. In großem Ausmaß werden höhere Funktionäre an die Basis geschickt, diesmal aber nicht in der Rolle der Büsser, sondern eher als Propagandisten, Weisungsübermittler und mehr oder weniger Kontrolleure. In der Rede heißt es, seit Ende des letzten Jahres habe man in der Provinz konkrete Pläne für die gesamte Arbeit erstellt. "Wir haben jetzt alles vorbereitet, einschließlich der Ziele, Aufgaben, Maßnahmen und der Motivierung für die Arbeit. Was uns noch fehlt, ist die Aktion, diese Dinge zu verwirklichen." Über das Ausmaß dieser Maßnahmen gibt es konkrete Angaben. Das Provinzkomitee entschied, zwei Drittel oder wenigstens die Hälfte der Kader von Behörden und Organen an die Basis hinabzuschicken. Führend sind daran die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Provinzpartei- und Revolutionskomitees und die stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzrevolutionskomitees beteiligt. Um dieses überhaupt zu ermöglichen, sollen für zweieinhalb Monate, also bis Ende Mai, keine Versammlungen des Parteikomitees oder des Revolutionskomitees auf Provinzebene abgehalten werden, auf denen die Anwesenheit dieser Kader notwendig ist. Alle Abteilungen, die mit administrativer Arbeit befaßt sind, dürfen in dieser Zeit keine großen Versammlungen abhalten, nur kurze Treffen. Fabriken und andere Einrichtungen auf Provinzebene sollen zehn Prozent ihrer Kader an die Basis hinuntersenden. Die Aufgaben der herabgesendeten Kader lassen sich in dreierlei Hinsicht festlegen. Einmal sind die Zielsetzungen des V. Volkskongresses zu vergegenwärtigen, zum andern soll die Landwirtschaft eine Rekordernte erbringen und die Industrie zu einem neuen Sprung vorwärts inspiriert werden. Schließlich gehören auch die Rückzugs-